Oeffentliches Sanitätswesen.

Entwurf eines Gesetzes gegen Mißstände im Heilgewerbe.

Von J. Schwalbe.

II.

Wenn wir den jetzt vorliegenden Entwurf mit dem im Jahre 1908 veröffentlichten vergleichen, so können wir mit Genugtuung konstatieren, daß die Forderung nach weitergehenden Bestimmungen gegen die Schäden des Kurpfuschertums und Geheimmittelschwindels von der Regierung an nicht wenigen Punkten erfüllt worden ist. Der Umfang des vom Gesetz betroffenen Gebiets ist vergrößert, die Kontrolle der Kurpfuscher ist verschärft, und die ihnen angedrohten Strafen sind erhöht worden. Die weitere Entwicklung der Parasiten des „Heilgewerbes“ in den letzten beiden Jahren hat offenbar die Behörden in der Ansicht bestärkt, daß nur mit ausreichenden gesetzlichen Mitteln ein erfolgreicher Kampf gegen die schweren Nachteile, welche Tausende von Heilkünstlern jahraus jahrein wesentlich oder doch in strafwürdiger Fahrlässigkeit dem Volkskörper zufügen, durchgeführt werden kann.

Als Grundlage für den Kampf betrachtet die Regierung nach wie vor das Verfahren, die gewerbsmäßigen „Krankenbehandler“ möglichst zur Kenntnis der Behörden zu bringen, sie aus dem Dunkel ihrer Arbeitsstätten an das helle Tageslicht zu ziehen und ihre Tätigkeit zu beaufsichtigen. Man hat — gemäß dem auch von mir bei der Besprechung des ersten Entwurfs¹⁾ hervorgehobenen Bedenken — davon abgesehen, als Behörde, bei der die Anzeige des Gewerbebetriebs stattfinden soll, lediglich die Polizei einzusetzen, sondern hat es in § 16 der Landes-Zentralbehörde anheimgestellt, die Behörde hierfür zu bestimmen. Die Landesbehörden haben es danach, wie die dem Gesetz-

¹⁾ 1909, No. 9.

entwurf beigegebenen Erläuterungen besagen, in der Hand, mit Rücksicht auf gewisse örtliche Verhältnisse oder auf bestimmte Personenkreise auch andere Behörden als die Ortspolizei oder die beamteten Aerzte als Meldestellen zu bezeichnen. Die vielfältige Erfahrung, daß die Kurfuscher die schon jetzt in vielen Bezirken bestehende Meldepflicht zur Reklame benutzen, indem sie auf ihren Schildern und in Inseraten den Vermerk „beim Kreisarzt gemeldet“, „staatlich konzessioniert“ u. dgl. anbringen, hat den sehr zweckmäßigen Zusatz in § 1 und § 2 veranlaßt, wonach seitens der Kurfuscher bei Ankündigung oder Bezeichnung des Gewerbebetriebs auf ihre behördliche Meldung nicht hingewiesen werden darf.

Als Gegenstand der Meldung ist nicht nur wie früher die Vorbildung und die seitherige Tätigkeit, sondern auch die Behandlungsart festgesetzt, sodaß die behördliche Beaufsichtigung des Kurfuscherbetriebs von vornherein eine geeignete Unterlage erhält, namentlich, um diejenigen Heilverfahren und Krankheitsgebiete, die durch das Gesetz den Kurfuschern entzogen werden, praktisch auszuschalten. In dieser Hinsicht weist der neue Gesetzentwurf die wesentlichste Verbesserung gegenüber dem früheren auf. Der Forderung, die ich und nach mir wohl die meisten Kritiker aufgestellt haben, daß vor allem die im Reichsseuchengesetz aufgeführten Krankheiten, ferner aber die Krebsleiden und sämtliche Frauenkrankheiten den Kurfuschern verboten werden, ist Rechnung getragen worden, und mit dieser Bestimmung wäre für den Teil der leidenden Menschheit, der ohne ein genügendes Urteilsvermögen der wahren und falschen Heilkunde gegenübersteht, ein bedeutender Vorteil geschaffen. Daß nicht auch die in den Landesseuchengesetzen aufgeführten Krankheiten in das Verbot eingeschlossen sind, muß lebhaftes Befremden und Bedauern hervorrufen. Man kann sich nur der Hoffnung hingeben, daß der Bundesrat von der ihm neu gewährten Befugnis, die Behandlung von anderen als den in § 3 genannten übertragbaren Krankheiten zu untersagen, recht bald und recht weitgehenden Gebrauch machen wird. Auch das Gebiet der Behandlungsverfahren kann der Bundesrat stärker einschränken, als es durch § 3 geschieht. Daß schon jetzt durch den neu eingeführten Zusatz die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter die Haut oder in die Blutbahn verboten ist, wird namentlich den Versuchen der Kurfuscher, aus dem Ehrlichschen Heilmittel Nutzen zu ziehen, in erhöhtem Maße entgegenwirken. Die durch § 3 No. 8 ausnahmsweise geschaffene Berechtigung, Betäubungsmittel unter die Haut oder in die Blutbahn einzuspritzen, ist schon deshalb zu verwerfen, weil sie mit der Bestimmung der No. 7 desselben Paragraphen, wonach nur solche Betäubungsmittel angewandt werden dürfen, die nicht über den Ort der Anwendung hinausgehen, in vollem Widerspruch steht.

Eine weitere ganz wesentliche Einschränkung der Afterheilkunde enthält der § 4 mit seiner Bestimmung, daß die Kurfuscher weder Arzneien bei der Krankenbehandlung abgeben noch ihre Kunden für deren Bezug auf einzelne besondere Bezugsquellen verweisen dürfen. Die Frage, die ich bei der Besprechung des ersten Entwurfs aufwerfen mußte: „den Aerzten ist es prinzipiell untersagt, Medikamente direkt an das Publikum abzugeben, und den Kurfuschern sollte es weiter freistehen, ihre Tränken, Mixturen, Salben etc. den ihren Rat beanspruchenden Patienten für teures Geld aufzuschwatzen?“ ist also durch die neue Bestimmung in befriedigender Weise verneint. In den Motiven des Gesetzentwurfs heißt es bei § 4 u. a.: „Ihnen muß gesetzlich jede Arzneiabgabe verboten werden, um so mehr, als die Kurfuscher erfahrungsgemäß oft aus der Abgabe von Arzneimitteln zu unverhältnismäßig hohen Preisen oder durch Bezeichnung einfacher Mittel als Spezialitäten mit hochtrabenden Namen Kapital zu schlagen und das Publikum auszubeuten pflegen. Wird jedoch nur die Abgabe von Arzneien verboten, so ist zu befürchten, daß der Zweck, der mit dieser Bestimmung erfüllt werden soll, nicht erreicht wird. Denn die Kurfuscher würden in Räumen außerhalb ihrer Wohnung, sei es in demselben Hause oder in der Nähe oder sonstwo eine Niederlage der von ihnen verordneten Heilmittel einrichten oder mit anderen Gewerbetreibenden auf den Verkauf dieser Arzneimittel bezügliche Verträge abschließen und auf diese Weise ihre Arzneimittel unter das Publikum bringen können. Um das zu verhindern, ist den im § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen weiterhin verboten — was übrigens dem Arzte auch die Standessitte verbietet —, ihre Kunden für den Bezug der Arzneien an einzelne besondere Bezugsstellen zu verweisen.“

In dasselbe Gebiet fällt das in § 6 erweiterte Verbot betreffend den „Verkehr“ mit Gegenständen, die bei Menschen die Konzeption verhüten oder die Schwangerschaft beseitigen sollen, mit Arzneien, Apparaten und anderen Gegenständen, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden dienen sollen, mit Kräftigungs- und Säuglingsnährmitteln, wofern von deren Anwendung eine Gesundheitsschädigung zu befürchten ist oder wenn sie in einer auf Täuschung oder Ausbeutung abzielenden Weise angepriesen werden. In diesen Bestimmungen kommt das grundsätzliche Bestreben des Gesetzes zum vollen Ausdruck, „solchen Schäden entgegenzutreten, die auf gesundheitlichem Gebiete liegen und durch schwindelhafte Reklame oder durch Ausbeutung des Publikums hervorgerufen

werden“. Für das Verbot des Verkaufs und der Anwendung konzeptionsverhütender oder abortbewirkender Gegenstände waren nach den Ausführungen der „Erläuterungen“ namentlich volkswirtschaftliche Gründe maßgebend. „Durch die zahlreichen, im Verkehre befindlichen und zur Anwendung gelangenden Gegenstände dieser Art wird nämlich nicht nur die Volksgesundheit geschädigt, sondern auch der Geburtenhäufigkeit erheblich entgegengewirkt. Diese ist aber in Deutschland trotz der Zunahme der Bevölkerung schon seit längeren Jahren eine konstante geblieben. Derartige Erscheinungen erfordern ernste Beachtung und schleunige Anwendung geeigneter Abwehrmaßregeln. Solche dürften in einer Erschwerung des Verkehrs mit den betreffenden Gegenständen zu erblicken sein. Trifft das zu, so darf der Erlaß von bundesrätlichen Verordnungen nicht an das Vorliegen der vorerwähnten Voraussetzungen geknüpft werden. Insbesondere kann die Frage, ob die betreffenden Gegenstände gesundheitsschädlich sind oder nicht, nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, schon um deswegen, weil nicht alle Gegenstände, bei denen eine Verkehrsbeschränkung erwünscht ist, als gesundheitsschädlich bezeichnet werden können. Ebenso wenig kann deshalb auch die Art der Reklame, die mit den betreffenden Gegenständen getrieben wird, für die zu beschließende Verkehrsbeschränkung entscheidend sein. Damit rechtfertigt sich die Sonderbestimmung für die empfängnisverhütenden und fruchtabtreibenden Gegenstände.“ Daß von dieser Bestimmung auch die Aerzte im Bereich ihrer gewissenhaften Berufsausübung nachteilig betroffen werden könnten, ist m. E. nicht zu befürchten.

Für die Einschränkung der Kurfuscherreklame ist es von wesentlicher Bedeutung, daß in § 7 des neuen Entwurfs die Strafe für wissentlich unwahre Angaben (von 3000 M) auf 5000 M erhöht wird, insbesondere aber, daß auch für fahrlässige Unwahrheiten und Täuschungen eine Strafe eingesetzt wird, und zwar mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geld bis zu 600 M. Eine weitere Verschärfung der Strafe kann dadurch eintreten, daß durch das Gerichtsurteil die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt gemacht wird. Man kann bedauern, daß die Regierung sich nicht zu dem früher von mir geforderten völligen Verbot der Kurfuscherannoncen entschlossen hat; mit dem gleichen Recht wie bei der Untersagung von persönlichen Arzneiabgaben (§ 4) hätte sich die Regierung auch bei der Unterdrückung der Kurfuscherreklame darauf beziehen können, daß das, was den Aerzten durch ihre Standessitte verwehrt ist, auch den Kurfuschern nicht erlaubt werden dürfe. Daß der Zweck des ganzen Gesetzes durch eine möglichst weitgehende Ausschaltung der unlauteren Reklame in bester Weise gefördert wird, bedarf keiner eingehenden Begründung. Indes wollen wir gern zugeben, daß durch die erwähnten Ergänzungen des früheren Gesetzentwurfs und durch die erweiterte Bestimmung des § 15, wodurch die Kurfuscher und die Geheimmittelhändler gehindert werden, wie bisher das Verbot öffentlicher Ankündigung durch Benutzung von Mittelspersonen wirksam zu umgehen, dem wilden Reklameunfug der Kurfuscher in nicht geringem Maße Abbruch geschehen kann. Freilich zweifeln wir nicht daran, daß diejenige politische Presse, die in den Kurfuscherinseraten eine wesentliche Einnahmequelle besitzt, gegen diesen Paragraphen aus „ethischen“ oder juridischen Gründen lebhaft opponieren wird.

Von sonstigen bemerkenswerten Bestimmungen des Entwurfs nennen wir das Verbot von Geburtshilfeleistungen für diejenigen, die nicht staatlich anerkannt sind. Dadurch werden die nicht nachweisbar gewerbsmäßig Geburtshilfe treibenden Pfuscherinnen getroffen. Ein Bedürfnis nach einer solchen Strafvorschrift liegt nach den „Motiven“ entschieden vor; „werden doch in manchen Gegenden, zumal im Osten des preußischen Staatsgebiets, mehr als die Hälfte der Geburten von Pfuscherinnen besorgt.“

Ebenso wird auch die gelegentliche oder nicht nachweisbare gewerbsmäßige Kurfuscherei durch § 11 erfaßt. Die Motive bringen dazu folgende Erläuterung: „§ 11 enthält eine Sondervorschrift, die einmal die Handhabe bieten soll, der gelegentlichen Kurfuscherei entgegenzutreten, und die sodann auch da Platz greifen soll, wo sich die Gewerbsmäßigkeit nicht nachweisen läßt, zumal zu befürchten ist, daß die Kurfuscher ohne diese Vorschrift vielfach mit dem Vorwande, sie üben die Behandlung Kranker nur gelegentlich, nicht gewerbsmäßig aus, versuchen werden, sich der behördlichen Aufsicht, wie sie der Entwurf bezweckt, zu entziehen... Die Strafbestimmung des Satzes 1 richtet sich gegen diejenigen, denen aus der Behandlung ein Vermögensvorteil erwächst, und zwar ohne Unterschied, ob es sich um einen unmittelbaren oder mittelbaren Vermögensvorteil handelt. Hierdurch wird bewußterweise den Arzneimittelhändlern, und zwar auch dann, wenn sie für die Behandlung von Kranken sich nicht bezahlen lassen, sondern durch den Verkauf von Arzneien an sie einen Verdienst erzielen wollen, die Ausübung der Heilbehandlung in Verbindung mit ihrem Hauptgewerbebetriebe tatsächlich unmöglich gemacht. Denn wenn sie, um der vorliegenden Strafbestimmung zu entgehen, gemäß § 1 ihren Gewerbebetrieb als Heilbehandler anmelden wollten, würden sie zufolge der Vorschrift im § 4 ihren Kunden keine Arznei abgeben dürfen.“

Schließlich soll erwähnt werden, daß durch § 12 und § 17 die Unterwerfung von ausländischen oder im Auslande approbierten Aerzten

unter die Bestimmungen des Kurpfuschereigesetzes für gewisse Verhältnisse ausgeschlossen wird. Hierdurch wird in der Tat eine Lücke unserer Gesetzgebung, insbesondere der Gewerbeordnung ausgefüllt. Die „Motive“ bemerken hierzu: „Vielfach kommt es vor, daß im Ausland wohnhafte Inhaber einer ausländischen staatlichen Anerkennung, besonders Aerzte, die sich auf bestimmten Gebieten der Medizin, sei es in der Stellung der Diagnose oder als Operateur oder sonstwie eines besonderen Rufes erfreuen, zu inländischen Patienten zur Vornahme einer Untersuchung, einer Operation oder zu ähnlichen Zwecken gerufen werden. Es würde eine ungerechtfertigte Härte sein und den inländischen Patienten zum Nachteil gereichen, wenn diese ausländischen Personen, sobald sie in Einzelfällen und gegen Entgelt eine Heilbehandlung in Deutschland ausüben, ohne daß einer der Ausnahmefälle des § 11 Abs. 2 vorliegt, den Strafvorschriften des § 11 unterfielen. . . . Es soll aber die Möglichkeit geschaffen werden, die für die Ausländer vorgesehene Vergünstigung, soweit ein Bedürfnis dazu sich zeigen sollte, durch ein Vergeltungsrecht einzuschränken.“

„Der § 17 schafft eine weitergehende Ausnahme für solche Inhaber einer ausländischen staatlichen Anerkennung, die in Deutschland bisher anstandslos gewerbsmäßig die Heilbehandlung an Menschen oder Tieren ausgeübt haben oder nach Inkrafttreten des Gesetzes ausüben wollen. Es wird dabei nicht unterschieden zwischen Inländern und Ausländern, sondern die Vorschrift bezieht sich auf alle Inhaber einer ausländischen staatlichen Anerkennung, also auch auf die Inländer, die nicht in Deutschland, sondern im Ausland die staatliche Anerkennung erworben haben. Alle diese Personen würden, wenn nicht für sie eine Ausnahme vorgesehen würde, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes dessen Beschränkungen in vollem Umfange unterliegen. Das ist nicht geboten, würde auch für zahlreiche Inhaber der ausländischen Approbation eine Härte enthalten, die um so weniger angezeigt ist, als unter diesen Personen sich manche befinden, die vermöge ihrer Ausbildung, ihrer Kenntnisse, Geschicklichkeit etc. den im Inland Approbierten nicht nachstehen und deren Behandlungsweise auch bisher zu keinerlei Beschwerden oder Anständen Veranlassung gegeben hat. . . . Deshalb ist vorgesehen, daß sie unter gewissen Voraussetzungen von bestimmten Vorschriften des Gesetzes auf Antrag befreit werden können. Ueber die Erteilung der Einzeldispense kann füglich nicht der Bundesrat, sondern nur der Reichskanzler im Einvernehmen mit der Landes-Zentralbehörde entscheiden. . . . Die Befreiung soll sich einmal auf die Vorschriften des § 2 beziehen und ferner auf die im § 3 Nr. 3 bis 8 aufgezählten Verbote. Eine Befreiung von weiteren Vorschriften des Entwurfs . . . rechtfertigt die Rücksicht auf die Inhaber einer ausländischen staatlichen Anerkennung nicht. Das gilt ferner von der im § 1 und im § 19 vorgeschriebenen Meldepflicht, ebenso von dem im § 4 ausgesprochenen Verbote der Abgabe von Arzneien, das auch in Deutschland im allgemeinen für die approbierten Aerzte besteht. Die Vorschriften des § 5 über die Untersagung des Gewerbebetriebs müssen aber auf die Inhaber ausländischer Approbationen schon deshalb Anwendung finden, um etwaigen Mißständen, die sich aus der Befreiung im Laufe der Zeit ergeben sollten, im Interesse des Inlandes entgegenzutreten zu können.“

Die Bedeutung dieser beiden Paragraphen erblicke ich weniger in der — doch wohl recht selten in Betracht kommenden — Zulassung ausländischer Konsiliaren als in der erstmaligen Anwendung eines „Vergeltungsrechts“ (Reziprozitätsrechts) gegenüber ausländischen Approbationen. Hoffentlich gelangen wir auf dem hier beschrittenen Wege zu der Erfüllung des von mir im Vorwort der 1. Auflage meiner „Bestimmungen über die Zulassung zur ärztlichen Praxis im Ausland“ (1899) ausgesprochenen Wunsches, daß den deutschen Aerzten die Niederlassung in anderen Ländern erleichtert werden möge. Vielleicht gelingt es unserer Regierung nach Annahme des vorliegenden Gesetzes in sinngemäßer Bezugnahme auf § 17 zunächst, die italienische Regierung zu Konzessionen für die deutschen Aerzte zu bewegen, damit diese nach wie vor auch ohne italienisches Staatsexamen an der Riviera praktizieren dürfen.

Meine Besprechung des im Jahre 1908 veröffentlichten ersten Gesetzentwurfs habe ich mit den Worten geschlossen: „Welches Schicksal dem Gesetzentwurf im Reichstage beschieden sein wird, steht dahin; Eigenmut, Unverstand, Indolenz, Feindschaft gegen die medizinische Wissenschaft und ihre Vertreter und nicht zum mindesten Doktrinarismus werden gegen ihn Sturm laufen und ihn vor oder bei den Reichstagsverhandlungen zu stürzen suchen“ — — die Anschauungen, die in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs (30. November und 1. Dezember) bei den meisten Rednern zum Ausdruck gelangt sind, haben gelehrt, daß Prophezeiungen ausnahmsweise in Erfüllung gehen. Das alte, hundertmal ad absurdum geführte Argument von der Bedeutung mancher autodidaktischer Heilkünstler wie Priessnitz, Schroth, Kneipp wurde aus der Rüstkammer hervorgeholt, mit tönendem Pathos wurde gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit gedonnert, die schwersten Bedenken wurden gegen die bedrohlichen Machtbefugnisse der Regierung — die tatsächlich hier wie im Jahre 1869, bei der Einführung der Kurierfreiheit, die wahren Interessen

des Volkes vertritt — ins Feld geführt, und — last not least — ein „Genosse“ bekämpfte das Gesetz als eine lediglich zu Gunsten des Aerztestandes geplante Institution. Vermißt haben wir in den Reden nur das jetzt so beliebte Schlagwort, daß es sich um ein „Ausnahmegesetz“ gegen hochverdiente Mitbürger handle.

Diese Ergänzung liefert in erfreulicher Weise ein am 2. Dezember im „Tag“ veröffentlichter Aufsatz des auch als Antivivisektionist und Impfgegner hervorragenden Prof. Dr. Paul Förster (Friedenau). Er ist in der beneidenswerten Lage, vom Standpunkt „des gesunden Menschenverstandes und noch mehr der Gerechtigkeit“ die Frage, ob es vernünftige und gerechte Mittel sind, die der Entwurf vorschlägt, zu verneinen. Mit dem bekannten Wollapostel Prof. Gustav Jäger ist er der Meinung, „man brauche nicht ein Gesetz gegen das Kurpfuschertum, sondern zum Schutz von Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre (die beiden Herren Konfratres kennen also die preußische Verfassung nicht!) und Freiheit der gesundheitlichen Selbsthilfe gegen den Terrorismus der Schulmedizin“. Was dieser Erzieher der Jugend sagen würde, wenn jedem hergelaufenen oder wegen eines Verbrechens vorbestraften Maurer oder Schneider gestattet würde, ohne Beschränkung „seiner persönlichen Freiheit“ in und außerhalb der Schule Unterricht zu erteilen, wollen wir nicht fragen, weil wir mit einer solchen Frage an Logik, Erfahrung und Vorurteilslosigkeit appellieren müßten. Und wenn Herr Förster sich darüber beklagt, daß die Regierung als ein Motiv des Gesetzentwurfs anführe, der Bildungsgrad des Volkes sei nicht hoch genug, um den Quacksalber vom wirklichen Arzt zu unterscheiden, so sollte auch er im Gegenteil gerade von diesem Standpunkte der Regierung recht dankbar sein.

Wir hoffen, daß es den einsichtigen Mitgliedern der Kommission, an die der Gesetzentwurf zur Beratung verwiesen ist, gelingen wird, den Gründen, die unsere Kollegen Hoeffel, Struve und Arning bei der ersten Lesung für den Entwurf geltend gemacht haben, Gehör zu verschaffen und den Entwurf in einer Form an das Plenum zu bringen, die den berechtigten Forderungen der Volkswohlfahrt entspricht.